wir wieder in der Situation, dass das Gute-Kita-Gesetz droht, ein „Schlechtes-Kita-Gesetz“ zu werden, wenn die Große Koalition es nicht hinkommt, dieses Gesetz zu entfristen und es bei der Befristung bis 2021/2022 bleibt. Das ist immer Stückwerk, und damit kann man die Länder nicht alleine lassen. Dann gerät nämlich das Bund-Länder-Finanzverhältnis wieder aus den Fugen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: So kann man nicht miteinander arbeiten. Deswegen bitte ich noch einmal den Bund und die Kollegin Giffey darum, dieses Gesetz zu entfristen. Das würde uns allen bei der gemeinsamen Gestaltung für unsere Kinder helfen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister, für die Einbringung des Gesetzentwurfes.

Wir kommen zur Abstimmung, da eine Aussprache heute nicht vorgesehen war. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/3773 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend in der Federführung sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und an den Haushalts- und Finanzausschuss in der Mitberatung. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Auch nicht. Dann haben wir den **Gesetzentwurf Drucksache 17/3773 so überwiesen.**

Ich rufe auf:

16 Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3774

erste Lesung

Herr Minister Biesenbach hat seine Einbringungsrede ebenfalls zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 2*).

Auch hier ist eine Aussprache heute nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung und Überweisung kommen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Rechtsausschuss in der Federführung sowie an den Integrations-

ausschuss und an den Hauptausschuss in der Mitberatung. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist beides nicht der Fall. Dann haben wir den **Gesetzentwurf Drucksache 17/3774 so überwiesen.**

Ich rufe auf:

17 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3776

erste Lesung

Auch hier wurde die Einbringungsrede zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 3*).

Hier ist ebenfalls für heute keine Aussprache vorgesehen, und wir kommen zur Überweisung des Gesetzentwurfs. Gemäß der Empfehlung des Ältestenrates überweisen wir in der Federführung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und in der Mitberatung an den Hauptausschuss. Möchte jemand der Überweisung widersprechen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir den **Gesetzentwurf Drucksache 17/3776 so überwiesen.**

Ich rufe auf:

18 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3778 – Neudruck

erste Lesung

Ich kann Ihnen erfreulicherweise mitteilen, dass Frau Ministerin Heinen-Esser ihre Einbringungsrede ebenfalls zu Protokoll gegeben hat (s. *Anlage 4*). Auch hier haben wir für heute keine Aussprache vorgesehen.

Wir kommen zur Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in der Federführung sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen in der Mitberatung. Möchte jemand dem widersprechen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir den **Gesetzentwurf Drucksache 17/3778 – Neudruck – so überwiesen.**

Ich rufe auf:

Anlage 4

Zu TOP 18 – „Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes“ – zu Protokoll gegebene Rede

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz:

In Nordrhein-Westfalen sind Altlastensanierung und Flächenrecycling weiterhin ein großes Thema. So ist die Zahl der von den Behörden ermittelten Altablagerungen und Altstandorte aufgrund der laufenden Nacherhebungen auch in den letzten beiden Jahren weiter angestiegen.

In konkreten Zahlen ausgedrückt heißt dies:

- Es wurden bislang insgesamt 26.500 Gefährdungsabschätzungen vorgenommen und 7.800 Sanierungsmaßnahmen durchgeführt,*
- die Anzahl aller ermittelten Altablagerungen und Altstandorte ist inzwischen auf mehr als 96.000 Fälle gestiegen,*
- die Anzahl der noch nicht zugeordneten bzw. noch nicht bewerteten Flächen beläuft sich auf etwa 31.000 Flächen und*
- die Anzahl der altlastverdächtigen Flächen auf etwa 29.600 Fälle.*

Diese Zahlen führen uns sehr deutlich vor Augen, dass hier noch immer große Aufgaben vor uns liegen, denen wir uns auch weiterhin widmen müssen. Sie zeigen uns auch, wie wichtig zudem die Aufbereitung vorbelasteter Brachflächen durch das Flächenrecycling ist.

Zur Altlastensanierung und zum Flächenrecycling leistet der „AAV – Verband für Altlastensanierung und Flächenrecycling“ – als anerkannter Fachverband seit vielen Jahren einen bedeutenden Beitrag. Der AAV ist in seinem Wirken über die Grenzen des Landes hinaus bekannt und in seiner Arbeit äußerst erfolgreich.

Er wird im Rahmen einer Kooperation zwischen öffentlicher Hand, das heißt Land und Kommunen, und privater Wirtschaft tätig. Seine Sanierungsprojekte dienen vorrangig der Abwehr von Umweltgefahren. Gleichzeitig kommen sie aber auch den Kommunen und der Wirtschaft zugute, da durch das Flächenrecycling geeignete Grundstücke für neue Nutzungen angeboten werden können, ohne neue Flächen auf der „Grünen Wiese“ zu verbrauchen. Der AAV leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur Verminderung der Freiflächeninanspruchnahme.

Für seine Aufgabenerledigung erhält der AAV allein vom Land jährlich 7 Mio. Euro. Die Kommunen beteiligen sich mit rund 1,1 Mio. Euro. Das ist so im AAV-Gesetz festgeschrieben. Die Beiträge der Wirtschaft sind freiwillig und betragen derzeit rund 0,5 Mio. Euro.

Angesichts der gestiegenen Anzahl der erfassten und noch nicht bewerteten bzw. bearbeiteten Flächen sind die Mittel, die das Land dem AAV jedes Jahr aus dem Aufkommen des Wasserentgeltgesetzes (WasEG) zur Verfügung stellt, auch weiterhin zur Bewältigung der Aufgaben erforderlich.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Haushaltsgesetz 2018 dem AAV zur Finanzierung seiner Aufgaben für dieses Jahr weitere Haushaltsmittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro bereitgestellt. Die zusätzlichen Mittel dienen als Ergänzung der Beiträge.

Nachdem sich das Land so großzügig gezeigt hat, hoffe ich, dass sich die Wirtschaft auch diesem Beispiel anschließt. Denn so sehr ich das freiwillige Engagement der Wirtschaft schätze, wünsche ich mir doch von weiteren Unternehmen größere finanzielle Beteiligung.

Um dem AAV diese zusätzlichen Haushaltsmittel auszahlen zu können, müssen wir in einem Punkt das AAV-Gesetz ändern, indem wir dort eine haushaltsrechtliche Öffnungsklausel einfügen.

Die Gesetzesänderung muss noch im Jahr 2018 in Kraft treten, damit dem AAV die im Haushaltsgesetz 2018 veranschlagten Finanzmittel ausbezahlt werden können.

Ich bitte um Ihre Zustimmung für diese Gesetzesänderung, damit die zusätzlich bereitgestellten und dringend erforderlichen Mittel nicht verfallen, sondern bestimmungsgemäß zur Altlastensanierung verwendet werden können.